Haushaltsrede 2010

**Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren Ratskolleginnen und –kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in dieser Stadt Rheine,**

Die weltweite Finanzkrise aus dem Jahre 2008 hat inzwischen auch den Haushalt der Stadt Rheine erreicht. Konnten die schweren Erschütterungen des Finanz- und Wirtschaftssystems für den Haushalt 2009 noch weitgehend aufgefangen werden, ist dieses für 2010 nicht mehr möglich.

Wir haben die schmerzhaft Erfahrung machen müssen, dass von den weltweiten Finanzströmen nicht nur Spekulanten, Zocker, Bänker und Regierungen betroffen sind. Auch wir – Jedermann vor Ort in Rheine – und auch die Stadt sind von den Auswirkungen unmittelbar betroffen.

Infolge der wirtschaftlichen Turbulenzen um die Pleite des Bankhauses Lehman-Brothers gab und gibt es erhebliche Vertrauensverluste, die zu einem zum Teil dramatischen Rückgang von Aufträgen und Märkten führten. Sicher geglaubte Kundenbeziehungen lösten sich auf oder wurden erheblich gestutzt. Dadurch entstanden dramatische Verluste für die Wirtschaft, die – hätten wir nicht das Instrumentarium des Kurzarbeitergeldes gehabt – uns mehr als 5 Millionen Arbeitslose beschert hätten.

Für eine Stadt wie Rheine bedeutet dieses: Wir müssen mit mindestens 10 Millionen weniger an Steuereinnahmen bei der Gewerbe- und den Einkommenssteuerarten für 2010 rechnen. Auf der anderen Seite steigen vor allem die Kosten unserer Sozialsysteme.

Gegen diesen bundesweiten Trend kann keine Kommune ansparen. Ein solches Defizit erschlägt jede Finanzplanung. Dagegen ist kein Kraut gewachsen!

Und damit sind wir in Rheine angekommen. Wir erleben in diesem Jahr ein Rekord-Haushaltsdefizit von rd. 20 Millionen Euro. Das Defizit wird nur deshalb in diesem Haushalt die kritische Grenze der Haushaltssicherung von rd. 15,5 Mio. Euro nicht ganz erreichen, weil Stadtwerke und Sparkasse aus ihrem Vermögen (letzthin ist es dort eine Reduzierung des Eigenkapitals) rd. 5 Mio. Euro in den Haushalt der Stadt pumpen. Das gleiche soll noch einmal in 2011 erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aber nicht etwa durch höhere Kundenerträge der SWR oder Sparkasse sondern durch die Reduzierung des Eigenkapitals.

Dieser Substanzverzehr ist nur dann zu rechtfertigen, wenn es dadurch gelingt, die Haushaltssicherung für Rheine zu vermeiden. Der Haushalt 2010 ist aber sehr eng auf „Kante“ genäht, eine Garantie zur Vermeidung der Haushaltssicherung kann niemand geben. Gibt es zum Beispiel weitere Negativeffekte bei den Steuereinnahmen, dann sind wir mitten in der Haushaltssicherung.

Gegen die Defizite der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise können wir nicht ansparen. Hier müssen wir darauf setzen, dass unsere Wirtschaft sich wieder erholt und Steuern wieder fließen. Da gibt es „Gott sei Dank“ positive Signale für eine Erholung der Konjunktur.

Aber es gibt darüber hinaus auch ein strukturelles Haushaltsdefizit in der Stadt Rheine. Die Haushalte der vergangenen Jahre – vor der Weltwirtschaftskrise - haben es gezeigt, dass wir jährlich mindestens 5 Millionen Euro zuviel ausgeben, als wir haben. Der durch die neue NKF-Bilanz erkennbare Verbrauch der Vermögenswerte ist gravierend.

5 Millionen Euro – das sind vergleichbar jährlich rd. 20% der Personalkosten der Stadt.

Wir werden in Zukunft daran gemessen werden, ob es uns gelingt, dieses strukturelle Defizit nach und nach abzubauen. Das gelingt nicht innerhalb eines Jahres, dazu braucht es die ganze Legislaturperiode. Dazu bedarf es aber auch den Willen, schmerzende Konsequenzen zu ziehen. Die Daten der Haushalte 2006-2008 beweisen dieses. Wir konnten das Haushaltsdefizit aus 2006 mit rd. 19 Mio. Euro auf rd. 5 Millionen in 2008 senken.

Die Haushaltspositionen geben kaum noch Spielraum zum sparen. Auch die Zuschüsse an freie Träger aus allen Bereichen von Kultur, Sport, Jugend, Soziales sind an der Schmerzgrenze. Nach der einmaligen

Anpassung im letzten Jahr, gibt es in 2010 wiederum eine „Nullrunde“ für die freien Träger. Das „Sparen“ bei den lfd. Unterhaltungskosten von Straßen, Anlagen und Gebäuden hat ebenfalls Grenzen. Investitionen in Bildung, Schulen, Kindergärten sind für die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt unumgänglich. Bei den Sozialkosten ist die Solidarität und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefragt. Und die Erhöhung kommunaler Steuern? Sie könnte und dürfte nur das letzte Mittel für einen Haushaltsausgleich sein. Zunächst müssen wir uns aber auf die Ausgabenseite konzentrieren.

So bitter es im Einzelnen auch ist: Es gibt keine Alternative zum Sparpotential der Personalkosten. Mit rd. 26 Millionen Euro sind diese Personalkosten der größte Ansatz im Budget.

Und dennoch: Wir leisten uns hier keinen Personal-Luxus. Der städtische Personalbestand wird eher an der unteren Grenze gehalten. Wenn wir ihn heute weiter hinterfragen, dann gehen wir zugleich davon aus, dass nur über „Qualitätsverluste in der Arbeitsabwicklung“ und über „Verzichte auf bestimmte Dienstleistungen“ eine Reduzierung der Personalkosten möglich wird.

Wir haben aus diesem Grunde bereits einer flexiblen Regelung zur Altersteilzeit bei städt. Bediensteten Rechnung getragen. In den nächsten Jahren scheiden hier rd. 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem aktiven Dienst aus. Mit der Verwaltung haben wir bislang vereinbart, dass 17 dieser Stellen nicht wieder besetzt werden sollen. Das Personalkonzept dazu muss auf den Tisch, da reichen auch die Ausführungen der Verwaltung zum nächsten Tagesordnungspunkt „Stelleplan“ nicht aus.

Über diesen ersten Konsolidierungsansatz hinaus, muss es aber weitergehende Schritte geben:

Die CDU-Fraktion möchte im weiteren Verlauf des Jahres 2010 in der Finanz- und Strategiekommission zusammen mit der Verwaltung und den anderen Parteien eine Diskussion über einen insgesamt 10% Abbau der Personalkosten sprechen. Bei 482 Personalstellen würde das bedeuten, neben den aktuellen 17 Stellen, ca. 30 weitere Stellen auf mittlere Sicht einzusparen wären. Wir gehen davon aus, dass dieses auch ohne betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen wäre.

Dieses wird nur möglich sein, wenn wir in Zukunft auch bisher Undenkbares denken, die Standards zurückschrauben und Erwartungen in der Öffentlichkeit zurück nehmen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass ein solcher Schritt erhebliche Verunsicherungen in der Verwaltung hervor bringen wird. Lassen sie mich an dieser Stelle daher zunächst einen ausdrücklichen Dank an alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausrichten. Sie leisten eine gute und zuverlässige Arbeit. Das wollen wir ausdrücklich anerkennen. Und wenn wir unser Personal mittelfristig um insgesamt 10% reduzieren wollten/müssen, dann wird niemand hier unverschuldet seinen Arbeitsplatz verlieren.

Wir werden hier und da über innere Strukturen und Schnittstellen in der Verwaltung reden müssen. Wir werden aber auch gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt darüber reden müssen, ob wir bestimmte Dienstleistungen in Rheine auch unbedingt anbieten müssen.

Diskutieren wir also miteinander darüber, ob wir auch in Zukunft in Rheine ein eigenes Bauordnungsamt bzw. Vermessungs- und Katasteramt unterhalten wollen. Zuständig dafür ist der Kreis Steinfurt. Wir leisten uns bislang diese gesonderten Verwaltungsstellen, obschon es dazu keine Verrechnung bei der Kreisumlage gibt. Die dortigen Stellen in der Kreisverwaltung zahlen wir nämlich mit. Würden diesen städtischen Stellen wegen der Pflichtzuständigkeit an den Kreis abgegeben (es würde also niemand entlassen werden), würde die gleiche Leistung uns über die Kreisumlage nur noch zu rd. 20% (so hoch ist der Anteil der Stadt an der Kreisumlage) belasten. Hier müssen wir die finanziellen Vorteile für den städt. Haushalt mit der Frage des „Qualitätsverlustes“ für die Bürgerschaft/Wirtschaft in Rheine abgleichen.

Auf anderen Ebenen sind wir mit dem Kreis schon seit längerer Zeit im Gespräch: Wie wichtig ist die Kreisleitstelle für Rheine – wollen wir weiterhin die Personalkosten für 4 Mitarbeiter der Kreisleitstelle tragen? Nach heutigen Erkenntnissen wird die bestehende Regelung wohl auslaufen müssen, wenn der Kreis einer vorzeitigen Aufhebung nicht zustimmt.

Eine Verlagerung zum Kreis steht auch bei den Berufskollegs/Berufsschulen zur Diskussion. Der Kreis ist für das Berufsschulwesen verantwortlich. Wenn er es will, kann er die bislang 125-jährige städt. Berufsschule an sich ziehen. Vor 2 Jahren hat das Land die finanzielle Förderung der Berufskollegs umgestellt. Seit dieser Zeit erhalten die Kreise höhere Schlüsselzuweisungen als Städte. Dadurch entgehen Stadt und Kreis zur Zeit 700.000 € Fördermittel. Wenn diese Mittel für Kreis und Stadt gehoben werden sollen, wäre eine zumindestens zeitweise Übertragung der Trägerschaft der Berufskollegs

auf den Kreis notwendig. Aller Voraussicht nach wird aber 2011 die Finanzförderung wieder umgestellt. Ist es dann sinnvoll, die bisherige und traditionelle Trägerschaft der Stadt bei den Berufskollegs aufzugeben? Wenn die Zuschusshöhe wieder gleich ist, bringt die städt. Trägerschaft den Menschen und der Wirtschaft in Rheine Vorteile. Wir werden in einem der nächsten Tagesordnungspunkte ja noch einmal gesondert hierüber sprechen.

Aktuell müssen wir mit dem Kreis noch eine Diskussion über die Wohnungskosten für SGB-II-Empfänger führen. Der Kreis plant eine Zusammenlegung von Fallmanagement und Arbeitsvermittlung in einer Hand. Wir in Rheine, sehen uns zusammen mit Ibbenbüren und Emsdetten in der Lage, vor Ort beide Aufgaben zu erledigen. Der Kreis möchte eine Zusammenlegung auf der Ebene der Kreisverwaltung. Die Entscheidung über diese Neustrukturierung trägt allein der Kreis. Kommt es zu einer Zusammenlegung beider Arbeitsbereiche auf Kreisebene, dann ist diese Entscheidung sachlich zu vertreten. Dann haben wir in Rheine aber auch den Anspruch an den Kreis, gänzlich die Aufgaben der Sozialverwaltung für SGB-II-Empfänger zu übernehmen. Dann wollen wir auch nicht mehr für die Leistungsabwicklung in Sinne einer Delegation zuständig sein. Denn die Kosten der Wohnraumunterbringung für SGB-II-Empfänger sind derzeit (2010) noch im Verhältnis von 40 : (Städte/Gemeinden) und 60% (Kreis) und ab 2011 mit einer 50% Kostenbeteiligung in den Kommunen angesiedelt. Lieber Kreis: Das machen wir dann aber nicht mehr mit! Zahlen – ohne diese Kosten durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik beeinflussen zu können – zahlen ohne zu steuern - das ist mit Rheine nicht zu machen. Wir reden hier auch über Sozialkosten von mehr als 1 Million Euro.

Die Diskussion um die Haushaltsfinanzen wird also in Rheine ebenso geführt, wie in fast allen Kommunen in NRW und bundesweit. Wir erleben die Kommunen in einer beispiellosen Finanzkrise. Die Defizite aller Kommunen in Deutschland werden in 2010 mehr als 15 Milliarden Euro betragen. So kann – und so darf es nicht weitergehen.

Wir haben gemeinsam in der letzten Ratssitzung einen Appell an Bund und Land gerichtet, keinesfalls weitere Gesetze und Verordnungen zu beschließen, die zu Lasten der kommunalen Finanzen gehen. Eine weitere Steuerentlastung zu Lasten der Kommunen ist nicht vertretbar. Im Gegenteil: Wir erwarten auf Bundes- und Landesebene gesetzliche Maßnahmen und Hilfen, die die Steuerkraft der Kommunen verbessern. Wir erwarten eine Entlastung bei den Sozialkosten, die in den letzten Jahren rapide angestiegen sind. Wir erwarten eine angemessene

Kostenübernahme bei dem notwendigen Ausbau der Kinderbetreuungskosten und für alle Bereiche der Bildung.

In NRW werden wir auf absehbare Zeit eine neue Regierung erhalten. Egal wer diese Aufgabe übernimmt, das Regieren wird schwierig werden, weil es nichts mehr zu verteilen gibt. Und dennoch haben Rot-Grün das Füllhorn für NRW im Wahlkampf gefüllt. Da gibt es die Zusagen an die Kommunen für eine bessere Finanzausstattung. Die U-3-Betreuung – vor 5 Jahren gab es in NRW nur wenig Plätze – muss nun noch weiter finanziell gefördert werden. 35% Grundsicherung reicht vielen noch nicht. Ebenso müssen Ganztagsbetreuungen bei Kindertageseinrichtungen und Schulen ausgebaut werden. Die Studiengebühren sollen wieder fallen und ebenso die Kosten für die Kinderbetreuung.

Wir werden sehen, was aus diesen Versprechungen vor der Wahl – nach der Wahl wird. Wir werden aber in Rheine die Verantwortlichen fragen: Was habt ihr uns versprochen? Was wird gebrochen? Wieviel Geld gibt es wofür mehr? Ich hoffe, dass SPD und Grüne dann auch noch für die eine oder andere Resolution stimmen, wenn Sie die Verantwortung in NRW tragen sollten. Eine Koalition mit den Linken – wir werden sehen, wer da wo wortbrüchig wird. Ehrlich gesagt: So grausam kann ich mir eine NRW-Politik gar nicht vorstellen..... Beim Klimaschutz werden wir schauen, wie die Entscheidungen über die Klimawende und die neuen Kohlekraftwerke ausgehen.

Es gibt aber in Rheine auch noch weitere – unangenehme – Sparoptionen: Wie lange können wir uns noch 2 Hallenbäder und ein Freibad erlauben? Was wird aus den Museen der Stadt? Was bleibt von bisherigem Takt im ÖPNV? Andere Städte haben bereits in diesen Bereichen schmerzhaft Entscheidungen getroffen.

Auch wenn die Aussichten für die kommunalen Finanzen eher düster sind, wollen wir uns nicht entmutigen lassen. Der italienische Dichter und Philosoph Dante Alighieri glaubt an die Kraft des Handelns. Er sagt: „Die Erfahrungen zeigen, dass diejenigen, die Herausforderungen angehen, sich am Ende auch durchsetzen“!

In diesem Sinne haben wir uns bei den diesjährigen Haushaltsplanberatungen auch leiten lassen, einen Mix aus „Sparen“ und „Investitionen“ anzuwenden.

Wir wollen und werden dort „investieren“, wo es um die Zukunft unserer Kinder und um deren Bildungschancen geht.

Der Haushalt 2010 hat im Ergebnisplan und bei den Investitionen folgende Schwerpunkte:

Ergebnisplan:

- Neu ist der Medienentwicklungsplan für alle Schulen und Schulformen in Rheine. Die Stadt wird in diesem Jahr die Personalkosten für einen Administrator/EDV-Fachmann übernehmen. Die Schulen bringen sich mit erheblichen eigenen Finanzmitteln in das Projekt ein.
- Für die Qualitätsoffensive der Grundschulen in der Über-Mittag-Betreuung werden wir für 2 Jahre einen Personalkosten-Zuschuss von 19.500 € pro Jahr für Musikschulangebote zur Verfügung stellen.
- Der städtische Anteil für die Aktion „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird in diesem Jahr mit 219.000 € eingesetzt.
- Für die große und überregionale Kreuzherren-Ausstellung ab August 2010 konnten 100.000 € Landesmittel eingeworben werden. Die Bewachungskosten für die Museen müssen in 2010 um 156.000 € aufgestockt werden. Die Einsparung dieser Mehrkosten innerhalb des Kulturbudget gelang bis auf 28.000 €, diese werden aus Haushaltsrestmitteln des FB 1 in 2010 noch einzusparen sein.
- In unserer gelungenen neuen Stadtbibliothek werden die Medien weiter aufgebaut. In 2010 werden dafür 165.000 € bereitgestellt.
- Den Sportvereinen wurde eine 100% Erstattung der Sportstättenbenutzungsgebühr zugesichert. Deshalb wurden aus noch offenen Positionen des Jahres 2009 weitere 44.336 € als Zuschuss eingeplant.
- Für die Untersuchung der Sportanlagen auf eine Kunstrasen-Tauglichkeit werden 5.000 € eingeplant.
- Für die Sanierung des Jahnstadions werden in diesem Jahr 420.000 € bereitgestellt.

- Alle freien Träger aus den Bereichen Sport, Kultur, Jugend, Soziales werden in 2010 den gleichen Zuschuss erhalten wie in 2009, der bekanntlich ja um 10% aufgestockt worden war.
- Gleiches gilt für alle Projekte und Maßnahmen aus den vorgenannten Bereichen. Ausgenommen ist hier lediglich der Bereich der Jugendhilfe, wo in 2010 eine bereits seit 2007 geplante Absenkung um 29.400 € nochmals umgesetzt wird. Ab 2011 wird die geplante weitere Kürzung nicht mehr umgesetzt.
- Für Kindertageseinrichtungen aller Art geben wir in Rheine in 2010 12.765.000 € aus. Hinzu kommen 590.000 € für die Tagespflege.
- Die Kosten für die Heimunterbringung/Hilfen zur Erziehung steigen in 2010 auf 8,1 Mio. € - im Jahr waren es noch 7,7 Mio. €
- Im Sozialbereich steigt der städt. Anteil an dem Defizit auf 7,8 Mio. Bis zum Jahr 2012 steigt dieses Defizit auf 8,6 Mio. €. Im Jahre 2009 waren es noch 7,5 Mio. Von diesen 7,5 Mio entfallen allein 3,2 Mio. € auf die SGB-II-Bezieher.
- Im Bereich des Wohnbaulandes kalkuliert die Verwaltung für 2010 Einnahmen von 1,8 Mio. € ein. Für Gewerbeflächen 420.000 €, aus sonstigen Verkäufen sind es 300.000 €.
- Die Zuschüsse für die städt. Beteiligungsgesellschaften EWG, TAT, GVZ, Zoo, Kloster Bentlage steigen in 2010. Erstmals wird in 2010 an die Mathias-Stiftung für die dortige Hochschule ein Zuschuss von 120.000 € gezahlt.
- Die energetische Sanierung an städt. Gebäuden wird auch in 2010 mit über 1 Mio. € angesetzt.
- Blicke noch zu erwähnen, dass für die lfd. Unterhaltung/Sanierung von Straßen, Stadtentwässerung und Grünflächen die Stadt folgende Beträge an die TBR überweisen werden:
 - a) Straßen-Verkehrsflächen 4,3 Mio. €
 - b) Stadtentwässerung 2,6 Mio. €
 - c) Grünflächen 3,1 Mio. €

Investitionshaushalt

- Für den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen (keine Hofstellen) sind in 2010 bereits 1.940.000 € ausgegeben worden.
- Für die Einrichtung der Euregio-Sporthalle stehen 200.000 € im Haushalt bereit. Für das Kopernikus-Gymnasium sind es 404.000 €
- Für die Feuerwehr wird in 2010 kein neues Großfahrzeug angeschafft. Die geplanten Investitionen werden zeitlich verschoben. Für die Baukosten und die Einrichtung der Feuerwehr in Mesum gibt es weitere rd. 490.000 € und für die Planungskosten der Feuerwehr Rheine r.d. Ems sind 100.000 € vorgesehen.
- In Bildung zu Investieren, ist das Gebot der Stunde. Folgende Ansätze stehen im Haushalt 2010
 - a) Euregio Sporthalle 1.266.000 € (Rest)
 - b) Erweiterung Don-Bosco 100.000 + 1,0 Mio. € VE
 - c) Kopernikus-Gymnasium 1,7 Mio. + 1,0 Mio. € VE – ins. 6,0 Mio
 - d) Fürstenberg-Realschule 170.000 + 1,5 Mio. € VE – ins. 3,1 Mio.
- Für den Breitbandausbau sind in 2010 Finanzmittel aus Konjunkturmitteln von 981.000 € eingeplant. Ob dieser Breitbandausbau so erfolgen kann, ist aber noch offen.
- Für die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung 673.000 € aus Konjunkturmitteln.
- Straßenbauprojekte sind in 2010 deutlich zurückgefahren worden. Eingeplant sind:
 - a) Sanierung Kardinal-Galen-Ring 82.000 € städt. Anteil
 - b) Salzbergener-Str. 100.000 € städt. Anteil
 - c) Schweden/Offlumer-Str. 450.000 €
 - d) Spiekstraße 330.000 €
 - e) Radweg Neuenkirchener-Str. 235.000 €
 - f) An den Kleingärten 150.000 €
 - g) Radweg Bergstraße 1,3 Mio. VE
- Für den Kreuzungsbereich des geplanten Gewerbegebietes Holsterfeld wird ein Kostenanteil von 220.000 € eingeplant.
- Für die Bahnflächen Lindenstraße und Rheine R sind 2010 folgende Ansätze vorgesehen:
 - a) Zuschüsse 1,5 Mio. €
 - b) Ausgaben 2,9 Mio. € (ohne Entwässerung – TBR)

c) Verpflichtungsermächtigungen 3,0 Mio. €

- Für die Sanierung der Teichanlagen im Stadtpark haben wir einen Verpflichtungsermächtigung von 50.000 € vorgesehen. Hier muss dringend ein finanzierbares Gesamtkonzept vorgelegt werden.

Zum Abschluss gilt mein Dank allen in Verwaltung und Politik die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben.

Wir haben uns weitgehend auf die guten Vorarbeiten der Verwaltung verlassen können. Nur in ganz wenigen Bereichen hat es Korrekturen und Änderungswünsche gegeben. Am Ende waren unsere Einsparungsvorschläge im Ergebnisplan und bei den Investitionen höher als die zusätzlichen Änderungen.

Zum ersten Male haben wir in diesem Jahr auch mit der FDP-Fraktion gemeinsame Haushaltsplanberatungen durchgeführt, die zu einem gemeinsames Handeln und Abstimmen geführt haben. Dank für die faire Partnerschaft und den offenen Dialog. In diesem Sinne wollen wir gemeinsam weiter zum Wohle der Menschen in dieser Stadt arbeiten.

Wir werden dem Haushaltsplan in der letzten Fassung zustimmen.

Vielen Dank fürs Zuhören.